

## Studienbogen 7: Die Stellung der Staatsanwaltschaft

- I. Geschichte: Kind der Französischen Revolution – Übernahme nach Deutschland im 19. Jahrhundert, lt. Wissenschaft zur Überwindung des Inquisitionsprozesse, in Preußen tatsächlich aber auch als Kontrollinstrument des Absolutismus (s. StuB 5 Nr. 2!).
- II. Keine Partei, sondern Verpflichtung auf Wahrheit und Gerechtigkeit (§ 160 II). Das gilt normativ für alle Verfahrensstadien und ist psychologisch im Ermittlungsverfahren weithin realisierbar, aber kaum in der Hauptverhandlung, wo die StA faktisch als Gegner des Angekl. agiert.
- III. Keine Richtergleichheit, aber selbständiges Organ der Rechtspflege und vom Gericht unabhängig (§ 150 GVG):
  1. Keine Bindung an höchstrichterliche Rechtsprechung, auch nicht an st Rspr. (and. BGH 15, 155).
  2. Keine analoge Anwendung der §§ 22 ff. (BGH NSTz 1991, 595; sehr str., s. Roxin/Schünemann, § 9 Rn. 15 mwN).
  3. Keine sachliche und persönliche Unabhängigkeit, sondern im hierarchischen Behördenaufbau Weisungsrecht (aber nur im Rahmen des Opportunitätsprinzips), Devolutions- und Substitutionsrecht des Vorgesetzten (§§ 144 – 146 GVG), darüber steht der Justizminister (§ 147 GVG).
- IV. Verhältnis von Bundesanwaltschaft und Landesstaatsanwaltschaften: getrennte Räume, kein Weisungsrecht (§§ 147/148, 142/142 a GVG).
- V. Kompetenzen der Staatsanwaltschaft: Entgegennahme von Strafanzeigen (§ 158); Durchführung des Ermittlungsverfahrens als dessen „Herrin“ einschließlich Leitung der Polizei und Beantragung der erforderlichen Zwangsmaßnahmen, bei Gefahr im Verzug selbständige Anordnung (§§ 98, 105, 127 II, 160 ff.); Entscheidung über öffentliche Klage oder Einstellung (§ 170); Vertreter der Anklage in der Hauptverhandlung (§§ 226, 243 III), normativ als „Wächter des Gesetzes“ (§ 33), faktisch Schulterschlusseffekt; Einlegung von Rechtsmitteln (§§ 296, 301); Vollstreckungsbehörde (§ 451).
- VI. Anfechtung von Maßnahmen der Staatsanwaltschaft grundsätzlich analog § 98 II, 2 (BGH 44, 171, 265).
- VII. Anklagepflicht bei außerdienstlicher Kenntniserlangung nach der Rechtsprechung nur, aber immerhin bei Straftaten von besonderem Gewicht (BGH 38, 388 zum entsprechenden Problem bei Polizeibeamten).